



FRIEDENS-INFO

Weitere Infos & Kontakt: news.dkp.de • unsere-zeit.de • pv@dkp.de

STOPPT DIE NATO-AGGRESSIONEN: FRIEDEN MIT RUSSLAND UND IRAN!

Vor 80 Jahren, am 1. September 1939, begann das faschistische Deutsche Reich mit dem Überfall auf Polen den 2. Welt-

sie steht fest an der Seite von USA, NATO und EU und versucht mit einer Beteiligung an deren Kriegspolitik an internatio-

> naler Macht zu gewinnen. Von Afghanistan bis Mali: Die Bundeswehr soll helfen, die westlich dominierte Weltordnung aufrechtzuerhalten - im Interesse der Bangroßen ken, Konzerne und Finanzeliten.



krieg. Ein Krieg zur Eroberung, Versklavung und Vernichtung anderer Völker und Länder, der nur unter größten Opfern durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition und der Widerstandsbewegungen aller Länder Europas beendet werden konnte. Insbesondere die Sowjetunion, die 27 Millionen Todesopfer beklagen musste, hatte entscheidenden Anteil an der Befreiung Deutschlands. "Nie wieder Krieg!" - das war 1945 der mehrheitliche Wille der deutschen Bevölkerung und der Völker der Welt.

Aber die heutige Politik der deutschen Bundesregierung ist nicht dem Frieden verpflichtet. Denn

ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN

Die Bundesregierung hat im vergangenen Jahr die Ausgaben für Militär und Rüstung drastisch erhöht. Von 38,5 Mrd. Euro jährlich auf 43,2 Mrd. Euro - die größte Erhöhung seit Ende des Kalten Krieges. Wenn es nach der NATO geht, sollen bis zum Jahr 2024 sogar 2 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung für das Militär ausgegeben werden. Was sich zunächst gering anhört, wären aber ca. 85 Mrd. EUR - die jährlich für Panzer, Raketen, Kriegsschiffe und Kriegswaffen jeglicher Art verschwendet werden sollen

Die neue "Verteidigungs"ministerin Kramp-Karrenbauer hat als erste Amtshandlung ein deutliches Bekenntnis zu diesem NATO-Ziel abgelegt. Uns bedroht jedoch kein Land der Welt. Weder Russland noch China wollen Krieg mit uns. Es ist die NATO, die immer weiter an die russische Westgrenze vorrückt und dort mit Truppenaufmärschen und Manövern provoziert. Diese Politik ist brandgefährlich - sie setzt Leben und Sicherheit der Menschen in Deutschland und Europa aufs Spiel.

Mit der Kündigung des INF-Vertrages spitzt die US-Regierung den neuen Kalten Krieg gegen Russland zu. Dieser Vertrag verbannte ab 1987 eine ganze Waffengattung – nukleare Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5000 km – aus Europa. Die USA hatten den Vertrag bereits seit längerem durch die Stationierung



der Raketenkomplexe in Polen, Rumänien und Japan unterlaufen, die nach Auffassung Russlands für den Abschuss nuklear bestückter Mittelstreckenraketen geeignet sind – und damit Russland unmittelbar bedrohen. Damit bringt die US-Regierung das Szenario eines nuklearen Infernos nach Europa zurück – unterstützt von der deutschen Bundesregierung, die ebenfalls Russland die Schuld am Ende des INF-Vertrages gibt.

Dem US-Militär wird immer noch der rote Teppich ausgerollt: US-Atombomben lagern auf dem Fliegerhorst Büchel, in Ramstein befindet sich die größte US-Airbase außerhalb der USA und alle neun Monate rollen US-Truppen über deutsches Territorium Richtung Osten.



US-Regierung überzieht Die China, Russland und seine Partner in aller Welt mit Wirtschaftssanktionen - und zunehmend auch mit Kriegsdrohungen. Nach Venezuela wird nun der Iran bedrängt. Jeder Angriff auf den Iran würde mit Gegenschlägen beantwortet und so die ganze Region in einen Krieg mit unabsehbaren Folgen stürzen. Dessen ungeachtet verlässt die deutsche Bundesregierung nicht das enge Bündnis mit den USA. Anstatt dessen Kriegskurs zu verurteilen, ermahnt Außenminister Maas ausschließlich den Iran, seinen Teil des Atomabkommens weiterhin einzuhalten. Deutschland darf sich auf keinem Fall der US-Aggression gegen den Iran in der Straße von Hormus anschließen.

Statt immer mehr Steuergelder in neue Kriegsabenteuer zu stecken brauchen wir endlich Geld für mehr Personal in Krankenhäusern, mehr Geld für Schulen und sichere Renten. Wir brauchen keine milliardenschweren EU-Hochrüstungsprojekte für die Kriegsindustrie, sondern ein besseres Bus- und Bahnsystem. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum in öffentlichem Eigentum statt deutscher Truppen im Ausland und ausländischer Truppen im Inland!

DIE DKP FORDERT:

- Hände weg vom Iran keine deutsche Beteiligung an der US-Aggression
- Rückholung aller deutschen Truppen aus dem Ausland Schließung der Basen, (Atom-)Waffenlager und Kommandos der US-Armee auf deutschem Boden und Abzug der Truppen
- Keine Verdoppelung des Militärhaushaltes – Aufrüstungsbeschluss von 2018 zurücknehmen
- Einleitung einer Entspannungspolitik mit Russland
- Schluss mit der deutschen Unterstützung für die Kündigung des INF-Vertrages durch die USA
- Verbot jeglicher Rüstungsexporte
- Austritt Deutschlands aus der NATO, dem Fluchtverursacher und Kriegstreiber Nr. 1

unsere zeit

Sozialistische Wochenzeitung Zeitung der DKP



Wir schreiben – auch beim Thema Frieden – dort weiter, wo andere Medien längst schweigen.

Ich möchte gerne:

- ☐ Die UZ sechs Wochen gratis Probelesen (Print & Online)! Der Bezug endet automatisch
- ☐ Weitere Informationen über die DKP

die DKP
Name
Vorname
Straße, Hausnr.
PLZ
Ort
Telefon
E-Mail

(Ohne E-Mail kein Online-Bezug möglich)

Zurück an: DKP-Parteivorstand Hoffnungstraße 18 . 45127 Essen Tel.: 0201 - 17 78 89 23

E-Mail: info@unsere-zeit.de





V.i.S.d.P.: W. Richter, c/o DKP-Parteivorstand, Hoffnungstr. 18, 45127 Es